

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1288, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstellen: Südliche Staatsbahn,
Dresden, Post & Arbeiter, Ange-
stellten u. Beamten, K.V., Dresden,
Wehrüber Arnold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilbesorgungen ist es durch oder ohne Einfluß höherer Stellen, bei der Verteilung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückgängigkeit oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementpreise: mit der höchsten Unterhaltungsabteilung „Reben, Sonntag“ monatlich 3,40 M., einschließlich 45 Pf. Porto. (Einschluß des „Sonntag“ 2 M., einschließlich 35 Pf. Porto.) Postbezugs nur mit „Sonntag“ 1,65 M., zusätzlich Post- und Zustellungsgebühren.

Verkaufspreis: 10 Pfennig. (Einschluß des „Sonntag“ 2 M., einschließlich 35 Pf. Porto.)
Schickung: Donnerstag 10, Freitag 11, Samstag 12 Uhr.
Telegraphische Adressen: Dresden, Nr. 2281 u. 19 707.
Telefonische Adressen: Dresden, Nr. 2281 u. 19 707.

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Kompaßzeile 35 Pf., die 20 mm breite Reklamazeile 2 M., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif, Samstagsanzeigen, Stellen- u. Mietanzeigen 20 Pf., netto. Für Briefnachlieferung 10 Pf., Einzelr. 10 Pf.

Nr. 49

Dresden, Montag, den 27. Februar 1933

44. Jahrgang

10 Schüsse ins Schlafzimmer

Nächtlicher Mordüberfall von SA-Leuten auf SPD-Reichstagsabgeordneten

Mörder in der Wohnung!

D. Berlin, 27. Februar. (Eig. Funk.) In der Nacht zum Montag, gegen 3.15 Uhr, wurde ein mörderischer Überfall auf die Wohnung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Stadtschulrats Dr. Kurt Löwenstein in der Geigerstraße in Neu-ölln verübt. Zwei uniformierte Nationalsozialisten zertrümmerten gewaltsam die Eingangstür der im vierten Stock gelegenen Wohnung und drangen dann in die Wohnung ein. Sie versuchten in das Schlafzimmer zu gelangen, das jedoch von Löwenstein und seiner Frau von innen verbarrikadiert wurde. Die beiden Nationalsozialisten versuchten, die Schlafzimmertür einzuschlagen. Sie feuerten durch die Tür etwa zehn Revolvergeschosse in das Schlafzimmer ab. Außerdem zerstörten sie das danebengelegene Arbeitszimmer. Das Mordkommando verhaftete einen der Eindringlinge, der andere konnte entlaufen.

Diese Überfälle sind die Folgen der wahnwitzigen Bluthetze gegen die „marxistische Pest“, die man „ausröten“

„zerstören“, „vernichten“ will. Vom Töten dieses Mordopfers ist das Schlimmste zu fürchten.

Blutterror in Mecklenburg

N. Schwerin, 25. Februar. (Eig. Tr.) Von dem Blutterror der SA in Mecklenburg gegen nachfolgendes Telegramm, das der Bezirksvorstand der SPD und des Reichsbanner Schwerin an den Reichspräsidenten gerichtet haben:

Sonntag machte sich SA in Döberau, Amt Rostock, Polizeigewalt an und forderte vom Bürgermeister Auflösung des polizeilich genehmigten Amalgams der Eisenen Front. Als der Bürgermeister die Auflösung ablehnte, erklärte nach dem Bericht der nationalsozialistischen Zeitung die SA, daß sie selbst den Zug aufzuziehen würde. Die SA unternahm dann zwei Feuerüberfälle mit Pistolen auf den polizeilich erlaubten Zug. Einen Toten und 11 durch Schüsse Verletzte hatte das Reichsbanner. Donnerstagabend wurde in Rostock das Gewerkschaftshaus „Völkervereinigung“ von SA überfallen, die dort schlimmer als in Feindebanden hausten. Freitagabend wurde in Rostock eine Anzahl von sozialdemokratischen Funktionären von SA überfallen. U. a. wurde der frühere Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes durch einen Schuß schwer verletzt. Postlag offenbar machlos. Wir ersuchen dringend um ausreichenden Schutz der republikanischen Bevölkerung.

„Die Novemberverbrecher“

Was Hitler seinen Hörern nicht erzählt

Von Philipp Scheidemann

Philipp Scheidemann gehört zu denjenigen, die während des ganzen Krieges in Rede und Schrift die ungeheuren Gefahren eines deutschen Zusammenbruchs warnend in den Mittelpunkt der deutschen Politik rückten. Als alles zusammenbrach, bemühten sich er und Ober, Neuordnung in das Chaos zu bringen. Was er nachstehend berichtet, sind gewichtige Tatsachen und Erinnerungen, die dem Volk besonders bewegen eingepreßt werden müssen, weil die gegenwärtigen Machthaber mit allen Mitteln versuchen, diese unangenehmen Tatsachen hinwegzujudizieren. Die Reaktionen.

Der Inhalt der Reden, die Herr Hitler seit dem 1. Februar dem deutschen Volk zum besten gegeben hat, bewegt sich auf dem Niveau der Ausführungen, die er und seine Freunde jahraus, jahrein ihren Zuhörern berichtet haben: Die „Novemberpartei“ sind an allem schuld; die „Marxisten“ übernahmen 1918 einen wohlgeordneten Staat; an der Spitze des Bauernstandes sind die Novemberpartei ebenso schuldig wie an der Arbeitslosigkeit; in 14 Jahren haben sie uns ruiniert. Nun aber kommen wir, die Nazis! Gebt uns ein Ermächtigungsgesetz, dann schicken wir den neugewählten Reichstag heim, um in den nächsten — vier bzw. zehn Jahren alles Elend zu überwinden und Deutschland wieder groß und glücklich zu machen.

Die „Marxisten“ haben Deutschland im Jahre 1918 vor der Anarchie und dem Zerfall gerettet. Die Türkei, Bulgarien und Oesterreich-Ungarn waren Anfang November bereits zusammengebrochen. Nachdem Generalmarschall von Hindenburg den erschütternden Ratschlag ausgeprochen hatte: „Macht sofort Waffenstillstand und Frieden!“, mußte schließlich der Reichskanzler Prinz Max von Baden den amerikanischen Präsidenten Wilson um Vermittlung bitten. Wilson ließ mit jeder neuen Note deutlicher erkennen, daß auf Waffenstillstand und Frieden nicht geredet werden könne, solange der Kaiser seinen Rücktritt nicht erklärt hätte. Außerdem wurden Sicherheiten verlangt, daß in Deutschland niemals wieder ein einzelner Mensch über Krieg und Frieden entscheiden könne. Das hieß, daß Deutschland sich nach jeder Richtung hin demokratisieren müsse!

Die beiden ersten deutschen Patrioten, die zu dem Bringen Max von Baden ließen, um ihn zu fragen, ob sie dem Kaiser den Rücktritt nahelegen sollten, waren die Kaiserhöfner und späteren Nazipräsidenten August Wilhelm und Adalbert Göttsche Staatsmänner und höchste Offiziere forderten ebenfalls den Rücktritt des Kaisers, weil Waffenstillstand und Frieden unter allen Umständen herbeigeführt werden mußten. Als das Kabinett, das eine solche überstürzte Aktion, ein solches Ende des Krieges als über Kopf für einen Fehler und ein unabsehbares Unglück hielt, mit der Bitte an Wilson zögerte, sagte der Vertreter der Obersten Heeresleitung, Oberst v. d. Busche, zu seinem Berliner Kameraden von Götten:

Wenn die Zivilisten noch länger zögern, dann muß man ihnen die eiserne Faust ins Gesicht setzen!

Das Friedensdiktat wurde nach wechselvollen Entscheidungen von der Nationalversammlung schließlich geschlossen, weil die ungeheure Mehrheit des hungernden Volkes das Ende des Krieges verlangte, außer dem aber auch alle militärischen Sachverständigen erklärten hatten, daß eine Fortsetzung des Krieges

Redeverbot für Dillferding

Wuppertal, 25. Februar. Von der politischen Abteilung des Wuppertaler Polizeipräsidiums wurde der SPD, im Hinblick auf eine Bremer Erwerbslosenkundgebung, in der Dr. Dillferding sprechen sollte, eröffnet, daß ein Redeverbot gegen Dillferding besteht.

Der Kampf ums Dabeisein

Die Volkspartei bekommt Fußstrikte und gibt Pföfchen

Die Mißwirtschaft der Volkspartei

Der Kampf ums Dabeisein ist für sie zu einem Kampf ums Dabeisein geworden.

In der Schär derer, die sich hinter den Korren des Dritten Reiches schaukeln und keuchend nach Anschluß knapen, hat uns schon lange jemand gefehlt. Wir können sagen: wir waren beunruhigt. Denn eine Partei gibt es in Deutschland, die hat noch nie an der Futterrippe gefehlt, die war immer dort, wo es „was zu holen“ gab. Wo bleiben sie, wo bleibt die Deutsche Volkspartei? So fragten wir schon lange. Jetzt haben die nationalliberal-konservativen Wortführer mit mehreren Reden für Klarheit gesorgt. Und die war ja schon früher bei der Fraktion Drehscheibe schwer zu finden. Ein Jahrzehnt hindurch haben sie zwischen den Farben Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Weiß geschwankt — sie die verflorenen Jahrgänge des Dresdner Anzeigers —, jetzt haben sie endlich herausgefunden, daß ihre Flagge „nach alter Tradition“ Schwarz-Weiß-Rot ist.

Als Herr Dingeldey gestern in einer Wahlenkundgebung der Dresdner Volkspartei (der große Saal der Kaufmannschaft genügte völlig) all dies verkündete, wagte er sich weiter vor und sagte nach dem Dresdner Anzeiger folgendes:

„Die Volkspartei habe immer Männer gestellt, die Kämpfer mit der wirklichen Zeit gewesen seien. Unter volksparteilicher Führung sei 1923 die marxistische Herrschaft in Sachsen niedergeworfen worden, und gegen Brüning sei die Partei in die Opposition gegangen. Jetzt habe Hindenburg, dem die Volkspartei als einzige Partei stets unbeeinträchtigt die Treue gehalten habe, die Frage gestellt: „Wer kämpft mit für das Ziel einer nationalen Wehrzeit?“, und da müßte die Partei ihr inneres Glaubensbekenntnis verkünden, wenn sie nicht antwortet: „Wir sind dabei!“

Und dann jammerte dieser windige Epigone Stresemanns darüber, daß man die „ganz große nationale Front“ nicht gebildet, sondern die Volkspartei vorläufig ausgeschaltet habe. Die Sehnsucht des Volkes jedoch gehe auf Einigung, „und deshalb wolle die Volkspartei weiterhin das Trennende zurückstellen“...

Was Verschwommenheit anbelangt, so hat die Volkspartei nur eine wirkliche Konkurrenz, die Hitler-Partei. Aber in einem Punkt hat Dingeldey unbedingt recht: Dabeigewesen sind sie immer. Der Kampf ums Dabeisein ist in dieser Kapitalistenpartei immer als Kampf ums Dabeisein ausgefaßt worden. Sie waren dabei, als sich der größte Teil des Bürgertums Ende 1918 auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellte, sie waren dabei, als die Weimarer Verfassung zur Grundlage Deutschlands gemacht wurde, sie waren dabei, als die Praxis der Erfüllungspolitik begann, und ihr oberster und bester Führer Stresemann gehört zu den markantesten Vertretern der Vertändigungspolitik. Sie waren allerdings auch immer dabei, wenn es für die bürgerlichen Parlamentsmehrheiten galt, sozialistische Vorstöße abzuwehren, Sozialpolitik zu hemmen. Sie waren immer dabei, in den meisten Kabinetten saßen sie mit und waren bald für, bald gegen das Zusammengehen mit der SPD, je nachdem, wie der Wind wehte und die augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse lagen. Von den sogenannten 14 Jahren „Mißwirtschaft“ zeichnen sie für mindestens zehn Jahre verantwortlich.

Soweit in diesen zehn Jahren von 14 bürgerlichen Parlamentsmehrheiten reaktionäre Politik geschoben wurde, war die Volkspartei nicht nur dabei, sondern führend. Der Dresdner Anzeiger war ihr Organ.

Und jetzt macht sie höfliche Verbeugungen vor denen, die in verlogener Weise irgendwelche Mißwirtschaft bürgerlicher Parteien auf die SPD, abzuwickeln versuchen. Sie macht Verbeugungen vor den Leuten, die durch Beschimpfung der politischen Tätigkeit des Bürgertums vor allem die der Volkspartei beschimpfen. Sie steckt alle Fußstrikte ein, wenn sie nur das Dabeisein wichtig. Eine Einmischen- und Kostbarpartei, deren sich ein Aufsteher wie Stresemann heute noch im Grabe schämen müßte!

Die Wähler werden dafür sorgen, daß dieses jämmerliche Stück Charakterlosigkeit am 5. März einen Denkzettel erhält.